



## Dringlichkeitsantrag

der Abgeordneten **Katrin Ebner-Steiner, Ulrich Singer, Christoph Maier, Richard Graupner, Andreas Winhart, Johannes Meier, Gerd Mannes, Benjamin Nolte, Markus Walbrunn, Harald Meußgeier, Christin Gmelch, Dieter Arnold, Oskar Atzinger, Jörg Baumann, Franz Bergmüller, Martin Böhm, Rene Dierkes, Daniel Halemba, Martin Huber, Andreas Jurca, Florian Köhler, Oskar Lipp, Stefan Löw, Roland Magerl, Ferdinand Mang, Johann Müller, Elena Roon, Franz Schmid, Ralf Stadler, Ramona Storm, Markus Striedl, Matthias Vogler und Fraktion (AfD)**

### **Mittelstand statt Klimaland: Industrielle Basis retten, Subventionspolitik neu ausrichten und echte Wirtschaftsallianz schmieden**

Der Landtag wolle beschließen:

Die Staatsregierung wird aufgefordert,

- die Zusammenarbeit mit der Bayerischen Klima-Allianz zu beenden bzw. in eine „Bayerische Wirtschafts- und Standortallianz“ zu überführen. In dieser sollen Mittelstand, Industrie, Handwerk, Kammern, Kommunen, Energieversorger, Wissenschaft, Arbeitnehmervertretungen und Verbände verbindliche Vorschläge zur Sicherung der Wettbewerbsfähigkeit, zur Senkung von Standortkosten, zur Beschleunigung von Genehmigungen und zur Stärkung beruflicher Ausbildung erarbeiten,
- einen „Bayerischen Entlastungspakt Industrie und Mittelstand“ vorzulegen, der insbesondere folgende Schwerpunkte umfasst:
  - Abbau landesrechtlicher Berichtspflichten, Anzeigevorgaben und Nachweispflichten, soweit diese nicht zwingend geboten sind,
  - Beschleunigung von Planungs- und Genehmigungsverfahren für Produktionsanlagen, Netze, Speicher und industrielle Eigenversorgung,
  - Prüfung von Gebührensenkungen und Verfahrensvereinfachungen für kleine und mittlere Unternehmen.
- dem Landtag binnen drei Monaten einen Maßnahmenkatalog gegen Deindustrialisierung vorzulegen, der konkrete Zuständigkeiten, Fristen und finanzielle Prioritäten benennt. Der Katalog soll darlegen, wie Unternehmenssteuern, Abgaben, Netzentgelte, Energiekosten, Regulierungsaufwand und Genehmigungsdauern spürbar reduziert und Investitionen in bestehende Produktionsstandorte erleichtert werden können.

### **Begründung:**

Der Industriestandort Bayern steht unter erheblichem Druck. Nach Angaben des Bayerischen Landesamts für Statistik lag die Produktion des Verarbeitenden Gewerbes in Bayern im ersten Quartal 2026 um 2,3 Prozent unter dem entsprechenden Vorjahreszeitraum. Besonders sensible Schlüsselbranchen wie Maschinenbau und Kraftfahrzeugindustrie entwickeln sich rückläufig. Dieser Einbruch betrifft nicht nur große Unternehmen, sondern vor allem die mittelständischen Zulieferer, Dienstleister und Handwerksbetriebe, die mit den industriellen Wertschöpfungsketten verbunden sind.

Auch bundesweit zeigt sich die besondere Belastung der energieintensiven Industrien. Chemie, Metall, Glas, Papier, Keramik, Baustoffe und zahlreiche Vorprodukte der Automobilindustrie sind hiervon unmittelbar betroffen. Für Bayern ist dies von besonderer Bedeutung, weil seine industrielle Stärke auf eng verflochtenen Lieferketten, hoher Exportorientierung und spezialisierten mittelständischen Betrieben beruht.

Die bisherige Energie- und Klimapolitik setzt zu stark auf politisch vorgegebene Ausbauziele, Subventionstatbestände und Berichtspflichten. Sie vernachlässigt die zentrale Voraussetzung jeder erfolgreichen Industriepolitik: bezahlbare, verlässliche und jederzeit verfügbare Energie. Staatliche Mittel sind knapp. Sie dürfen nicht einseitig in Förderprogramme fließen, die die Standortkosten weiter erhöhen oder keinen belastbaren Beitrag zur Sicherung industrieller Wertschöpfung leisten. Vorrang müssen Arbeitsplätze, Produktion, Versorgungssicherheit und internationale Wettbewerbsfähigkeit haben.

Der Mittelstand kann zusätzliche Abgaben, immer neue Nachweispflichten und lange Genehmigungsverfahren nicht unbegrenzt tragen. Gerade kleine und mittlere Unternehmen verfügen häufig weder über eigene Rechts- und Fördermittelabteilungen noch über die finanziellen Reserven großer Konzerne. Eine glaubwürdige Wirtschaftspolitik muss deshalb Bürokratie abbauen, Planbarkeit herstellen, Genehmigungen beschleunigen und Standortkosten senken.

Die Bayerische Klima-Allianz setzt den Schwerpunkt auf klimapolitische Zielsetzungen und gesellschaftliche Bewusstseinsbildung. In der aktuellen Lage braucht Bayern jedoch eine handlungsorientierte Wirtschafts- und Standortallianz, die die Sicherung industrieller Arbeitsplätze, die Wettbewerbsfähigkeit des Mittelstands und die Energieversorgung in den Mittelpunkt stellt. Eine solche Allianz muss konkrete Entlastungsvorschläge erarbeiten und darf nicht lediglich ein weiteres Gesprächsformat sein.

Die Dringlichkeit ergibt sich aus der aktuellen konjunkturellen Schwäche, dem fortgesetzten Druck auf energieintensive Branchen und den Risiken für Beschäftigung, Ausbildung und Investitionen. Ohne eine klare Prioritätenverschiebung drohen Produktionsverlagerungen, Investitionszurückhaltung und der Verlust industrieller Kernkompetenzen. Der Freistaat muss deshalb auf allen Ebenen auf eine Entlastung der Betriebe hinwirken und seine eigenen Programme konsequent an Mittelstand, Industrie und realer Wertschöpfung ausrichten.